

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Antrag der Fraktion Die Linke - Klimageld für eine sozial gerechte Ausgestaltung der Energiewende muss kommen - Drucksache 7/9204 vom 13.02.2024

CO₂-Bepreisung stoppen - soziale Notlagen ohne bürokratische Instrumente abfedern

Der Landtag stellt fest:

1. Die CO₂-Bepreisung ist eine willkürlich gesetzte Energiepreiserhöhung, deren Sinn in der Dekarbonisierung der Wirtschaftskreisläufe bestehen soll und in Deutschland in international einzigartig überzogener Weise angesetzt wird.
2. In Deutschland führt, verstärkt durch andere Fehlallokationen, diese Transformation durch Dekarbonisierung zu einem Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und damit zusammenhängend zu einer De-Industrialisierung sowie zu Arbeitsplatzverlusten und damit Verarmungseffekten. Diese ergeben sich nicht in den im Antrag der Fraktion Die Linke referenzierten Staaten Kanada, Österreich und Schweiz.
3. Ein Klimageld verzerrt in dieser Situation die Auswirkungen der Fehlallokationen, ohne soziale Folgen abzufedern, die sich dauerhaft aus den Entscheidungen deutscher Politik ergeben. Das im Antrag referenzierte Bundesland Bremen ist weder sozial- noch finanz- oder wirtschaftspolitisch für Brandenburg ein Vorbild.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, die CO₂-Bepreisung insgesamt abzuschaffen,
2. der Entschließung der Freien Hansestadt Bremen zur „Umsetzung eines Klimageldes“ nicht beizutreten,
3. bis zur Umstellung der deutschen Wirtschafts- und Energiepolitik auf eine marktwirtschaftliche Grundlage prüfen zu lassen, wie die wirtschaftliche Notlage weiter Bevölkerungskreise, energieintensiver sowie kleiner und mittelständischer Unternehmen durch stark erhöhte Energiepreise außerhalb der Einführung neuer Instrumente abgefedert werden kann. Direkt ausbezahlte Hilfen des Bundes sind in den Fokus zu rücken und diese technisch zeitnah zu ermöglichen.

Eingegangen: 20.02.2024 / Ausgegeben: 20.02.2024

Begründung:

Deutschland befindet sich als einziges Industrieland in der Welt in der wirtschaftlichen Rezession. Diese nationale Notsituation ergibt sich allein aus den Fehlentscheidungen seiner eigenen Politik.

In dem hier angesprochenen Bereich der Energiepreise hilft es nicht, auf Klimaprämien anderer Länder zu verweisen, da die Politik des deutschsprachigen Auslands und Kanadas eine insgesamt andere ist. Der anders gesetzte Rahmen ermöglicht eine national abgestimmte Herangehensweise bei steigenden Energiepreisen: Die CO₂-Bepreisung kann abgefedert werden, wenn eine ansonsten unideologische Politik Spielräume dafür eröffnet.

In Deutschland muss hingegen die wertschöpfende Produktion gerettet werden. Dies kann nur durch die Abschaffung dieses Instruments zur Dekarbonisierung erfolgen, was zugleich das „Klimageld“ obsolet machen würde. Da die soziale Notsituation unfraglich weiter bestehen wird, können durch Einsparungen im Bundeshaushalt, in Bereichen anderer Fehlallokationen, Direktzahlungen zur Beihilfe der Haushalte ermöglicht werden, wenn die technischen Voraussetzungen endlich geschaffen sind.